

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Karlheinz Busen, Frank Sitta, Dr. Gero Clemens Hocker, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/21036 –**

Waldschutzoffensive starten – Schädlingsbefall stoppen, Schadholz bergen, Wälder retten

A. Problem

Die Fraktion der FDP weist darauf hin, dass die vergangenen (beiden) Jahre mit langen Trockenstress-Perioden zu massiven Schäden in den deutschen und europäischen Wäldern geführt haben. Zudem haben ihr zufolge Stürme, hohe Temperaturen und die witterungsbedingte Zunahme von Schädlingsbefall wie dem Borkenkäfer sowie Waldbrände tausende Hektar Wald vernichtet. In diesem Zusammenhang sind nach Angaben der Fraktion der FDP ca. 160 Millionen Kubikmeter Schadholz angefallen, die ihr zufolge ein Vielfaches des jährlich üblichen Holzeinschlages betragen und zu einem Großteil noch nicht beseitigt werden konnten. Für einen Großteil der Bevölkerung ist laut der Fraktion der FDP neben der Rolle eines Rohstofflieferanten die Erholungsfunktion der Wälder eine bedeutende Eigenschaft. Für die hiesige Lebensqualität und den Schutz der Artenvielfalt ist nach Aussage der Antragsteller der Erhalt der Wälder von unschätzbarem Wert. Aus diesen vielschichtigen Gründen ist es für die Fraktion der FDP unabdingbar, den drohenden Gefahren für den Wald unverzüglich mit entsprechenden Sofortmaßnahmen zu begegnen, um weitere Waldschäden weitgehend abzuwenden.

Mit dem Antrag auf Drucksache 19/21036 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, zur Stärkung der koordinierenden Rolle des Bundes eine Task-Force für den Wald einzusetzen. Neben den Experten aus den beteiligten Bundes- und Landesministerien müssen dieser Task-Force Vertreter der Waldbesitzer, der Holzwirtschaft und Experten für Waldgesundheit, angehören. Zudem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, zu prüfen, ob die Waldschäden ein Ereignis von nationalem Ausmaß darstellen. Darauf aufbauend ist die unbürokratische Bereitstellung zusätzlicher Bundesmittel aus der Rücklage des Energie- und Klimafonds (EKF) durch die Einrichtung eines „Nothilfefonds für den deutschen Wald“ im EKF für die Schadensbeseitigung sicherzustellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/21036 abzulehnen.

Berlin, den 13. Januar 2021

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Alois Gerig

Vorsitzender und Berichterstatter

Isabel Mackensen
Berichterstatterin

Peter Felser
Berichterstatter

Karlheinz Busen
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Harald Ebner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Alois Gerig, Isabel Mackensen, Peter Felser, Karlheinz Busen, Dr. Kirsten Tackmann und Harald Ebner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 189. Sitzung am 5. November 2020 den Antrag auf **Drucksache 19/21036** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Haushaltsausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der FDP weist darauf hin, dass die vergangenen (beiden) Jahre mit langen Trockenstress-Perioden zu massiven Schäden in den deutschen und europäischen Wäldern geführt haben. Zudem haben ihr zufolge Stürme, hohe Temperaturen und die witterungsbedingte Zunahme von Schädlingsbefall wie dem Borkenkäfer sowie Waldbrände tausende Hektar (ha) Wald vernichtet. Die Antragsteller führen mit Verweis auf einen Artikel in einem deutschen Nachrichtenmagazin aus, dass die Bundesregierung die massiven Schäden auf rund 245 000 ha betroffener Waldfläche beziffert, was ungefähr der Fläche des Saarlandes entspricht.

In diesem Zusammenhang sind nach Angaben der Fraktion der FDP ca. 160 Millionen (Mio.) Kubikmeter Schadholz angefallen, die ihr zufolge ein Vielfaches des jährlich üblichen Holzeinschlages betragen und zu einem Großteil noch nicht beseitigt werden konnten. Dieses Schadholz belastet nach Darstellung der Antragsteller die Holzmärkte massiv und führt ihren Angaben zufolge zu einem enormen Preisverfall, sodass häufig nicht einmal mehr die Bergungskosten getilgt werden können. Die Fraktion der FDP legt dar, dass zudem die Coronavirus-Krise die Verfügbarkeit von Waldarbeitern einschränkt und aufgrund von gestörten Lieferketten zur Stilllegung von Sägewerken und Holzverarbeitenden Betrieben führt. Die ökonomischen Folgen belasten laut der Antragsteller die Waldeigentümer in Deutschland und Europa nachhaltig. Das in den Wäldern lagernde Schadholz dient nach Aussage der Fraktion der FDP als ideale Brutstätte für den Borkenkäfer, der ihr zufolge aufgrund des milden Witterungsverlaufes im Winter 2019/2020 hervorragende Vermehrungsbedingungen vorfand. Diese Bedrohungslage wurde laut der Antragsteller u. a. durch das sehr trockene Frühjahr 2020 weiter verschärft. Eine exponentielle Entwicklung der Waldschäden in Deutschland steht ihnen zufolge somit bevor.

Die Fraktion der FDP erklärt, dass die hiesigen Wälder die multifunktionale Grundlage für das Leben der Menschen, für das Klima und für die Wirtschaft bieten und seit Jahrhunderten heutige Wälder nachhaltig bewirtschaftet werden. Sie verweist darauf, dass der deutsche Wald jährlich 127 Mio. Tonnen (t) CO₂ speichert. Kein anderer Wirtschaftszweig als die Forst- und Landwirtschaft ist laut Antragsteller in der Lage, CO₂ auf natürliche Weise, insbesondere durch Aufforstung und nachhaltige Bewirtschaftung, langfristig zu binden. Wälder nehmen somit eine tragende Rolle im Klimaschutz ein, die nach Auffassung der Fraktion der FDP derzeit weder ausreichend Beachtung erfährt noch hinreichend finanziell vergütet wird. Des Weiteren sind nach Auffassung der Antragsteller Wälder nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch von großer Bedeutung. Die Fraktion der FDP legt dar, dass 1,1 Mio. Arbeitsplätze in Deutschland direkt oder indirekt an der Forstwirtschaft hängen, der deutsche Wald einen ständig nachwachsenden Holzvorrat von 3,7 Milliarden (Mrd.) Kubikmetern Holz besitzt und jährlich ca. 76 Mio. Kubikmeter Rohholz in Deutschland nachhaltig genutzt werden. Bedeutende Wirtschaftszweige sind nach Angaben der Antragsteller die Zellstoff- und Papierindustrie, die Möbelindustrie, das Holzbauwesen und das Holzhandwerk.

Für einen Großteil der Bevölkerung ist laut der Fraktion der FDP neben der Rolle eines Rohstofflieferanten die Erholungsfunktion der Wälder eine bedeutende Eigenschaft. Für die hiesige Lebensqualität und den Schutz der

Artenvielfalt ist nach Aussage der Antragsteller der Erhalt der Wälder von unschätzbarem Wert. Aus diesen vielschichtigen Gründen ist es für die Fraktion der FDP unabdingbar, den drohenden Gefahren für den Wald unverzüglich mit entsprechenden Sofortmaßnahmen zu begegnen, um weitere Waldschäden weitgehend abzuwenden.

Mit dem Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/21036 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. zur Stärkung der koordinierenden Rolle des Bundes eine Task-Force für den Wald einzusetzen. Neben den Experten aus den beteiligten Bundes- und Landesministerien müssen dieser Task-Force Vertreter der Waldbesitzer, der Holzwirtschaft und Experten für Waldgesundheit, angehören. Die Task-Force soll eine einheitliche und bundesweit verbindliche Waldstrategie erarbeiten, die für schlanke Entscheidungsstrukturen bei der Schadensbeseitigung und der Wiederbewaldung sorgt und die organisatorische Abwicklung der Hilfsmaßnahmen übernimmt;
2. zu prüfen, ob die Waldschäden ein Ereignis von nationalem Ausmaß darstellen. Darauf aufbauend ist die unbürokratische Bereitstellung zusätzlicher Bundesmittel aus der Rücklage des Energie- und Klimafonds (EKF) durch die Einrichtung eines „Nothilfefonds für den deutschen Wald“ im EKF für die Schadensbeseitigung sicherzustellen. Zur Entlastung der Holzmärkte sollte der Ankauf des Schadholzes aus Körperschafts- und Privatforsten zum Selbstkostenpreis unter Berücksichtigung geeigneter Wiederveräußerungsmöglichkeiten (Export, Sägewerke, Verbrennungsanlagen etc.) sowie der vorhandenen Lagerungskapazitäten geprüft werden. Zukünftige Einnahmen aus dem Verkauf des Holzes fließen dem EKF zur Refinanzierung des Nothilfefonds zu;
3. zur Zwischenlagerung des Schadholzes geeignete Standorte für (Nass-)Lagerplätze unter Zuhilfenahme der Bundeswehrkapazitäten zu identifizieren und einzurichten. Hierbei sollen vorwiegend bundeseigene Flächen, wie z. B. nicht mehr genutzte Kasernenflächen oder Flugplätze, genutzt werden. Befallenes Holz ist mittels Schädlingsbekämpfungsmitteln zu behandeln, um die Vermehrung von Schädlingen auf geschlagenem Holz zu vermeiden. Zusätzlich sollten an Befalls-Hotspots im Wald Fangholzhäufen, die mit Lockstoffen und Insektiziden präpariert werden können, zur Bekämpfung der Ausbreitung des Borkenkäfers aufgestellt werden. Eine Unterstützung durch die Bundeswehr sollte hier geprüft werden;
4. zur Entlastung des Holzmarktes die Staatsforstbetriebe dazu anzuhalten, den regulären Holzeinschlag bis auf weiteres einzustellen. Stattdessen sind die maschinellen und personellen Kapazitäten ausschließlich für die Bergung des Schadholzes in den Staats-, Körperschafts- und Privatwäldern zu verwenden. Zur Holzmobilisierung in den Körperschafts- und (Kleinst-)Privatwäldern sollten die Staatsforstbetriebe organisatorische Unterstützung zum Aufbau geeigneter Bergungs- und Logistikketten anbieten;
5. zur Bergung des Schadholzes und zur Wiederanpflanzung in den Wäldern qualifizierte Arbeitskraftkapazitäten zu mobilisieren. Analog zu den Regelungen bei den Saisonarbeitskräften sollte die Einrichtung von Vermittlungsportalen geprüft und qualifizierten Waldarbeitern die Einreise unter Berücksichtigung infektionsvorbeugender Maßnahmen gewährt werden. Damit der Infektionsschutz nicht an den Grenzen endet, muss die Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass eine Einhaltung des Infektionsschutzes auch während der Arbeit und bei der Unterbringung der Arbeitskräfte gewährleistet wird;
6. das Raumfahrtprojekt Tandem-L des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) umzusetzen, um mit den daraus gewonnenen Daten ein wöchentlich aktualisiertes Waldmonitoring zu entwickeln, dessen Ergebnisse als Grundlage für die Waldzustandserhebung dienen und die Bundeswaldinventur ergänzen. Die Satellitenbildtechnik ermöglicht die Erzeugung hochauflösender, dreidimensionaler Zustandserhebungen von Wäldern, bei denen mittels intelligenter Software nicht nur die Baumarten, sondern auch deren Gesundheitszustand und Zuwachsraten erfasst werden kann;
7. eine internationale Geberkonferenz für den Wald zu initiieren, bei der internationale Geberländer, Länder mit hohem CO₂-Output, Länder mit hohen Waldverlusten sowie Länder mit großen Flächenpotentialen für Restaurierung bzw. Aufforstung zusammenkommen, um gemeinsam finanzierte Maßnahmen zur weltweiten Aufforstung von Wäldern und zum Waldschutz, insbesondere zur Waldbrandprävention bzw. -bekämpfung, zu erarbeiten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat in seiner 116. Sitzung am 13. Januar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/21036 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 83. Sitzung am 26. November 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/21036 abzulehnen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat in seiner 74. Sitzung am 13. Januar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/21036 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat in seiner 93. Sitzung am 13. Januar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/21036 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 61. Sitzung am 13. Januar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/21036 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 68. Sitzung am 13. Januar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/21036 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat in seiner 67. Sitzung am 13. Januar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/21036 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag auf Drucksache 19/21036 in seiner 69. Sitzung am 13. Januar 2021 abschließend beraten.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/21036 abzulehnen.

Berlin, den 13. Januar 2021

Alois Gerig
Berichterstatter

Isabel Mackensen
Berichterstatterin

Peter Felser
Berichterstatter

Karlheinz Busen
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Harald Ebner
Berichterstatter

